

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/62

Bonn, den 28. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Wie sie einander gleichen... ----- Die SPD und die kommunistische SED	81
3 - 4	Globaler Antikommunismus - eine unhaltbare Position ----- Unbarmherzige Logik des Totalitarismus Von Klaus-Peter Schulz, MdB	82
5	Bischöfe für Streik und Gewerkschaftesautonomie ----- Interessante Entwicklung auf der Iberischen Halbinsel Von Dr. Günther Müller, MdB	40

*

*

*

Wie sie einander gleichen...

Die NPD und die kommunistische SED

ler - Etwas Gutes haben die tragischen Ereignisse in der Tschechoslowakei in der Bundesrepublik erwirkt. Sie bestätigten erneut die NPD und die deutschen Kommunisten als Feinde der Demokratie, des Selbstbestimmungsrechts der Völker und als glühende Bewunderer der Gewaltanwendung bei Auseinandersetzungen zwischen Völkern und Staaten.

Die NPD hat durch ihre Haltung zum tschechoslowakischen Drama bewiesen, daß sie weder national, noch demokratisch, noch deutsch ist. Schon einmal führte in einer verhängnisvollen Periode der deutschen Geschichte eine Partei einen ähnlichen Namen und trat mit den gleichen verlogenen Ansprüchen auf. Die Welt kennt die Folgen, wir leiden heute noch an ihnen. Der Nationalsozialismus setzte der Demokratie in Deutschland ein Ende, schändete durch seine Verbrechen den Namen des deutschen Volkes und pervertierte den Begriff des Sozialismus.

Eigentlich bedürfte es keines Karlsruher Urteilspruches, um den antidemokratischen, antideutschen und antinationalen Charakter der NPD und ihrer Zielsetzungen zu bekunden. Während die freie Welt Abscheu und Entsetzen über die allen Völkerrecht höhnsprechende Invasion der Tschechoslowakei empfindet, sie als Rückfall in die Zeiten eines räuberischen Imperialismus beurteilt, fand die KPD dies alles in Ordnung. Sie eignete sich das Vokabular und die Begründungen der Aggressoren an und empfahl sich der Sowjetunion sogar als Bundesgenosse bei der Unterjochung von Völkern. Ginge es nach ihr, hieß es kürzlich in den "Deutschen Nachrichten", dem Zentralorgan der NPD, dann würde sie den "Russen die Gewißheit verschaffen, daß aus einem mitteleuropäischen Raum - aus dem sie abziehen - niemals Kräfte aufsteigen werden, die sich in einem möglichen Moment der Schwäche gegen Rußland wenden". Dem Verfasser schwebt ein von der KPD-geführtes Deutschland vor, daß im Bunde mit allen europäischen Reaktionären und Faschisten die Zuchtrute über die europäischen Völker für das bolschewistische Rußland schwingt. Das nimmt sich in der Sicht der NPD so aus:

"Angewandt auf die Gegenwart würde das bedeuten: Ein neues Deutschland und das neue Europa haben die Aufgabe, gegebenenfalls Rußland den Rücken zu decken, und zwar wirksamer als heute Ulbricht, Dubcek, Gomulka usw. mit permanenter revolutionierender Bevölkerung, die alle die Russen hassen. Zu dieser Aufgabe gehört es, daß einst durch Deutschland und das ganze Europa die Rußlandhasser in Mitteleuropa ebenso gezügelt werden, wie es Bismarck mit Österreich tat, und daß dogmatische Liberalisierungsapostel mit Heilaustragen gegen Rußland ebenso zurückhalten werden, wie Bismarck den ideologisch-rußlandfeindlichen Liberalismus Englands und des deutschen Westens und Südens zurückgehalten hat - damals gegen den Zarismus."

Hier bietet sich die NPD unverblümt, schamlos, frech und offen als Unterdrücker der nach Freiheit und Selbstbestimmung ringenden Völkern an, bestreitet ihnen das Recht, ihr Haus nach eigenem Gutdünken zu bestellen und befürwortet eine deutsch-russische Herrschaft über die Völker Europas unter totalitären Vorzeichen. Schamröte und Ekel muß jeden Deutschen über solch makabre Angebote befallen, aus denen der Ungeist der braunen Verderber Deutschlands spricht. Damit hat sich die NPD als williges Werkzeug des Sowjetimperialismus selbst gekennzeichnet und das Kainszeichen eines Freiheitsmörders auf sich gezogen.

Was die NPD erstrebt, praktiziert die kommunistische SED. Beide Parteien, die nach außen hin einander spinnefeind sind, haben im Grunde genommen die gleichen Wesenszüge. Sie verachten die freiheitlich demokratische Staatsordnung, verneinen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, kuldigen dem Prinzip der Gewalt und wenden es an, wie es das SED-Regime mit Partnern des Warschauer Paktes gegen ein Mitglied dieses Paktes tat. Deutscher Rechts- und Linksradikalismus operieren auf gleichen Wellenlängen und beiden ist die große Lüge gemeinsam.

Die NPD eine deutsche demokratische Partei, gleich den anderen Parteien, die im Ringen um die beste Sicherung unseres Volkes ihre Kräfte messen? Sie steht im Schatten des Sowjetimperialismus und nicht im Lager der Demokratie, sie betet die Macht an und fragt nicht nach deren moralischen Gehalt. Wahre Demokratie ist ja nicht nur die Freiheit der Diskussion und die Freiheit des Andersdenkenden, wahre Demokratie unterscheidet das Recht vom Unrecht und sie gewährt das Recht, das sie für sich beansprucht auch den anderen.

NPD und deutsche orthodoxe kommunistische Sedisten bejahen und verteidigen ein Unrecht, das die gesamte freie Welt verdammt und diejenigen, die es begangen haben, in die moralische Isolierung. NPD und SED haben sich dadurch vom eigenen Volk distanziert. Die demokratischen Parteien der Bundesrepublik tun gut daran, darauf zu achten, daß diese Isolierung um unserer Zukunft willen bestehen bleibt.

Globaler Antikommunismus - eine unhaltbare Position

Unbarmherzige Logik des Totalitarismus

Von Klaus-Peter Schulz, MdB

"Radikal sein ist, die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst." In diesen Worten des jungen Marx ist, aufs knappste ausgedrückt, die zeitlose Botschaft des sozialistischen Humanismus enthalten. Die westlichen Emanzipationsbewegungen des Proletariats von einst haben sie bei aller Anpassung an Umweltbedingungen und Entwicklungstendenzen, die Marx falsch eingeschätzt hatte, niemals ganz aus den Augen verloren. Der Kommunismus hat von der Stunde seiner Geburt an in unvorstellbarer Weise und in einem niemals voll zu messenden Umfang gerade gegen diese Botschaft gesündigt. Er verriet den Geist, um dem noch dazu niemals begriffenen Buchstaben Hekatonben von Menschenleben zu opfern. Gewisse Auflockerungserscheinungen, die sich im kommunistischen Lager in den letzten zehn Jahren zunehmend bemerkbar machten, waren in Wirklichkeit nicht mehr als die zähneknirschende Konzession an rein ökonomische Notwendigkeiten und Zwangsläufigkeiten, wie sie das Zeitalter der zweiten industriellen Revolution mit sich brachte. Voreilige Optimisten kennzeichneten diese Vorgänge als "Liberalisierung". Aber damit wurde nur ein großer Begriff durch die Brille des Wunschdenkens verzerrt. Im kommunistischen Machtbereich sollte weiterhin die Partei unbedingt recht behalten, sollte die Ideologie nach wie vor unfehlbar sein.

Erst die lautlos gewaltige, in ihrer Dynamik wie in ihren Dimensionen erschütternde Umwälzung in der Tschechoslowakei brachte den Umschlag von der Quantität in eine neue Qualität. Die tschechoslowakischen Kommunisten unter der Führung Dubcek und seiner engeren Gesinnungsfreunden stellten sich vor der staunenden Welt dem unwägbarsten Risiko der Freiheit, und sie taten es mit all der nachtwandlerisch sicheren Begeisterung, wie sie für jede Stunde des Aufbruchs in der Geschichte der Menschheit charakteristisch war, ist und bleiben wird. Sie spürten die Kraft in sich, die große Synthese in untadeliger Form zu vollbringen. Es schien, als hätte sich Prometheus plötzlich vom Felsen seiner Qual losgerissen.

Und ein ganzes Volk ging mit und geht mit, bis in die bittersten und verzweiflungsvollsten Stunden einer Erprobung, die wahrlich ohne

Beispiel ist. Kein Zweifel, die nach wie vor Überzeugten, treuen, ihrem Programm verschworenen Männer um Dubcek, könnten unter gegebenen Voraussetzungen heute ein Experiment wagen, das noch keine kommunistische Partei an der Macht auf sich genommen hat: in freien, unverfälschten Wahlen fiele ihnen die überwältigende Mehrheit der Stimmen zu. Es gibt, man kann es sich nicht eindringlich genug vor Augen halten, in der heutigen Welt Kommunisten, die ohne Hintergedanken die Freiheit für ihr Volk wollen, die Freiheit des Geistes, der Meinungen, der Presse, weil sie in einem echten Sinne Marxisten sind: "... Die freie Presse ist das überall offene Auge des Volksgeistes, das verkörperte Vertrauen eines Volkes zu sich selbst... Sie ist die rücksichtslose Beichte eines Volkes vor sich selbst... Sie ist der Staatsgeist, der sich in jede Hütte kolportieren läßt, wohlfeiler als materielles Gas. Sie ist allseitig, allgegenwärtig, allwissend. Sie ist die ideale Welt, die stets aus der wirklichen quillt..." So schrieb Marx vor mehr als hundert Jahren.

Nach dem Beispiel, wie es ein Volk gab, das seit den Zeiten der Luxemburger Kaiser und der Hussiten in seinen Leiden und Triumphen aus der europäischen Geschichte nicht mehr wegzudenken ist, wird der globale Antikommunismus für jeden aufrichtigen Bekenner der Freiheit zu einer unhaltbaren Position. Bemerkenswerte Differenzierungen im Machtbereich des Kommunismus hat es schon lange gegeben. Seit den letzten Tagen kennt auch er darüber hinaus den radikalen Widerspruch zwischen Gut und Böse.

Denn der Totalitarismus, das wissen wir seit dem 21. August, ist keineswegs ein abgegriffenes Schlagwort des kalten Krieges, sondern folgt noch immer einer unbarmherzigen inneren Logik. Wie die Geschichte dermaleinst auch die Widerstände beurteilen mag, die hinter den dicken Mauern des Kreal gegen einen nicht nur ungeheuerlichen, sondern in seinen dürftigen Vorwänden wahrhaft ekelregenden Gewaltstreich laut geworden sein mögen: Die Mehrheit der derzeitigen sowjetischen Machthaber ist auch in diesen Tagen wie bisher in allen Entscheidungssituationen nur noch barbarischer als je zuvor den Spuren Hitlers gefolgt. Die materielle Allmacht, verkörpert in Vernichtungswaffen, die eine Vielzahl der heutigen Menschheit zerstören könnten, zitterte vor der körperlosen Macht des Geistes, der nun einmal weht, wo und wann er will. In diesen Ringen gibt es für den demokratischen Sozialismus des Westens; gibt es auch für die Ansätze eines demokratischen Kommunismus nur die leidenschaftliche Parteinahme für Mut, Recht und Menschlichkeit. Wir werden auf einer Friedenspolitik beharren, die an ihrem Platz das tschechoslowakische Wunder wahrscheinlich erst möglich machte. Aber ein Heranschmeicheln an jene seelen- und verständnislosen stählernen Ungetüme, die in Prag, in Preßburg und in anderen Städten lebendige Leiber unter sich begraben, kann und darf es nicht geben. Sage mir, wie du auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei reagierst, und ich werde dir sagen, wer du bist: ein Lump oder ein Mensch, der diesen Namen verdient.

Bischöfe für Streik und Gewerkschaftsautonomie

Interessante Entwicklung auf der Iberischen Halbinsel

Von Dr. Günther Müller, MdB

Die spanische Bischofskonferenz hat vor kurzem eine Erklärung veröffentlicht, die in der Geschichte des Katholizismus in Spanien sicher ein neues Blatt aufgeschlagen hat. Unter Anführung von Zitaten aus den Enzykliken *Mater et Magistra* und *Populorum Progressio* nehmen die Bischöfe Stellung zu den Absichten der Regierung, die Syndikate zu modernisieren.

Die spanischen Bischöfe schlagen dabei einen Ton an, der auf der Seite des Staates zumindest Verlegenheit hervorgerufen hat. Sie fordern nämlich, daß die Arbeiter frei an den Aktivitäten von Gewerkschaften, die frei gebildet worden seien, teilnehmen müßten, ohne Repressalien zu befürchten. Das Streikrecht wird ausdrücklich anerkannt, wenn Verhandlungen und Schiedsversuche gescheitert seien. Selbstverständlich müßte auf allen Ebenen eine echte Repräsentation der Arbeiter vorhanden sein, d.h. ihre Vertreter müßten gewählt und nicht ernannt werden.

Auf der Seite der staatlichen Syndikate war man über die Erklärung überrascht, da sie in ihren Forderungen weit über die eigenen Reformvorschläge hinausging, die weder eine volle Repräsentation noch ein Streikrecht beinhalteten. Mit der für spanische Verhältnisse "liberalen" Stellungnahme im offiziellen Organ der Staatsyndikate "Pueblo", daß die Bischöfe "ihre Meinung wie jeder andere Staatsbürger auch geäußert hätten", wollte man die peinliche Angelegenheit herunterspielen. In Auszügen aus den Syndikatsforderungen, die kurz vorher in Tarragona beschlossen worden waren, versuchte man eine Übereinstimmung mit der Bischofsklärung zu konstruieren.

Der Jesuitenpater José Maria de Blanco schrieb in der Zeitung "Ya" eine scharfe Entgegnung gegen das Organ der Staatssyndikate, die, da sie ihre Repräsentanten nicht auf allen Ebenen wählen und ein Streikrecht ablehnten, gegen die Beschlüsse der Bischofskonferenz verstießen. Belehrt die Syndikatsvertreter, daß Bischöfe "keine Meinung äußerten", sondern ex cathedra die Lehre der Kirche verkündeten.

Auch in anderen Zeitungen wurde Partei für die Bischöfe und gegen die Syndikate ergriffen. Die Diskussion um eine Neuordnung des Gewerkschaftswesens ist damit in ein neues Stadium getreten. Bei der Anerkennung des Anspruchs der katholischen Kirche durch die derzeitigen Machthaber in Spanien sind diese in große Verlegenheit geraten. So ohne weiteres werden sie ihre ursprünglichen Absichten für eine Syndikatsreform nicht mehr durchführen können. Die Bischöfe haben mit ihrer Erklärung, die die erste dieser Art zu Gewerkschaftsfragen ist, einen Meilenstein gesetzt, der schwer verrückt werden kann.